

POSITIONSPAPIER

# Inklusive und ambitionierte Klimaallianz statt exklusiver Klimaclub

## Kurzzusammenfassung

Die deutsche Bundesregierung sollte ihre G7-Präsidentschaft nutzen, um den Grundstein für eine Klimaallianz zu legen, die ...

- **offen und inklusiv** ist,
- **umfassende Unterstützung für ärmere Länder bietet** und klare Beitrittsperspektiven aufzeigt,
- **einen Anreiz für Staaten setzt, ihr nationales Klimaschutzziel zu verschärfen**, um von den Vorteilen einer Mitgliedschaft zu profitieren,
- **keinen CO<sub>2</sub>-Mindestpreis erfordert**, sondern die Paris-Kompatibilität der Klimaziele eines jeden Landes zur Voraussetzung für eine Mitgliedschaft macht,
- **zukünftige Grenzausgleichssysteme harmonisiert** und den bestehenden CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich der EU integriert.

Die Weltgemeinschaft steht vor der Herausforderung, für Klimagerechtigkeit zu sorgen und auf einen 1,5°C-kompatiblen Emissionspfad zu gelangen. Noch immer entspricht die Klimaambition vieler Staaten nicht dem Pariser Klimaziel. **Staaten, die eine Vorreiterrolle einnehmen, befürchten Wettbewerbsprobleme** für ihre Unternehmen. Für das mit einer Vorreiterrolle verbundene Carbon-Leakage-Problem<sup>1</sup> existieren bislang nur unilaterale Lösungsansätze. Auch deshalb verläuft die Industrietransformation in den meisten Staaten nur schleppend<sup>2</sup>.

Der Februar 2022 stellt nicht nur einen entscheidenden Wendepunkt hinsichtlich der europäischen Sicherheits- und Außenpolitik dar, sondern auch einen gravierenden **Einschnitt in der internationalen Energie- und Klimapolitik**. Das Streben nach Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern (bzw. Energieimporten) rückt in den Fokus der Aufmerksamkeit. **Multilaterale Kooperationsansätze für eine tiefe Dekarbonisierung** – gerade mit entscheidenden strategischen Partnern – sind nun wichtiger denn je.

---

<sup>1</sup> Carbon Leakage kann entstehen, wenn Unternehmen aufgrund von Klimapolitik (wie CO<sub>2</sub>-Bepreisung) ihre Produktion in andere Länder mit weniger strengen Emissionsauflagen verlagern und dadurch auch die CO<sub>2</sub>-Emissionen verlagert werden.

<sup>2</sup> Vgl. Jacques Delors Institute (2022): No more free lunch. Ending free allowances in the EU ETS to the benefit of innovation, Abrufbar unter: <https://www.europejacquesdelors.eu/publications/no-more-free-lunch>. Zuletzt aufgerufen: 14.06.2022.

Eines der prominentesten Vorhaben der aktuellen **deutschen G7-Präsidentschaft** ist die Initiative für eine **internationale Klimaallianz („Klimacub“)**. Aufbauend auf dem Eckpunktepapier<sup>3</sup> zu einer „Allianz für Klima, Wettbewerbsfähigkeit und Industrie“, das noch unter der letzten Bundesregierung vom Bundesfinanzministerium gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt, dem Bundeswirtschaftsministerium, dem Bundesumweltministerium und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung auf den Weg gebracht wurde, will Deutschland die G7-Präsidentschaft nutzen, um eine offene, inklusive und ambitionierte Klimaallianz ins Leben zu rufen.

Der Vorstoß für eine internationale Klimaallianz kommt zur rechten Zeit und die Bundesregierung hat jetzt die Gelegenheit, die Entwicklung einer solchen Klimaallianz als Flagship-Initiative der G7-Präsidentschaft entscheidend voranzubringen. Richtig aufgesetzt kann eine Klimaallianz einen bedeutenden Beitrag zur globalen Emissionsreduktion und zur Klimagerechtigkeit leisten. Sie hat das Potenzial, die Industrietransformation auf internationaler Ebene erheblich zu beschleunigen und gleichzeitig für faire Wettbewerbsbedingungen zu sorgen. Jedoch birgt das Vorhaben auch ernsthafte Gefahren und kann im schlimmsten Fall das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung hervorrufen – beispielsweise wenn es als exklusives, westliches Projekt wahrgenommen wird oder durch einen zu starken Fokus auf CO<sub>2</sub>-Preise die wichtigsten Staaten ausschließt. Um das zu verhindern und die Initiative zum Erfolg zu führen, sind einige wichtige Punkte zu beachten.

## Unsere Empfehlungen für die deutsche G7-Präsidentschaft

Zu den wichtigsten **Zielen der Klimaallianz** sollten **globale Ambitionssteigerung, Klimagerechtigkeit und das Angleichen der Wettbewerbsbedingungen** in Schlüsselsektoren gehören. Deutschland und die übrigen G7-Staaten sollten gemeinsam mit ambitionierten G20-Staaten sowie vulnerablen, ärmeren Staaten ein Konzept entwickeln, mit dem diese Ziele realisiert werden können. Dabei sollte die Allianz möglichst inklusiv sein, nicht auf einem expliziten CO<sub>2</sub>-Mindestpreis basieren und kein Ersatz für den europäischen CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich (Carbon Border Adjustment Mechanism, CBAM) sein, sondern auf diesem und ähnlichen Ansätzen anderer Staaten aufbauen. Die Bundesregierung sollte zudem konsequent den Namen „Klimaallianz“ verwenden, anstatt von „Klimacub“ zu sprechen, da der Begriff „Club“ von vielen Stakeholdern als exklusiv und ausgrenzend wahrgenommen wird.

Wir empfehlen, beim Ausgestalten der Klimaallianz besonders drei Aspekte zu berücksichtigen.

1

Die G7 sollte andere Länder von Beginn an in den Aufbau einer offenen und inklusiven Klimaallianz einbinden. Zudem sollte sie den ärmeren Beitrittskandidaten mit ausreichender Ambition Unterstützung durch Klimapartnerschaften oder ähnliche Instrumente anbieten.

### Warum?

Die Klimaallianz sollte mit Blick auf Staaten, die ausreichend ambitionierte Klimaziele verfolgen, **so inklusiv und offen wie möglich** gestaltet werden. Sie kann ihre Wirkung nur dann entfalten, wenn zumindest einige der

<sup>3</sup> Bundesministerium der Finanzen (2021): Schritte zu einer Allianz für Klima, Wettbewerbsfähigkeit und Industrie – Eckpunkte eines kooperativen und offenen Klimacubs. Abrufbar unter: <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/eckpunkte-internationaler-klimacub.html>. Zuletzt abgerufen: 14.06.2022.

großen Emittenten wie die USA, China, Indien, Brasilien und Indonesien eingebunden sind, da sonst die notwendige Anreizwirkung für sehr große Teile der Handelsströme – und damit der CO<sub>2</sub>-Emissionen – gar nicht entstehen würde. Ohne einen ambitionierten und zugleich offenen und inklusiven Ansatz läuft die Initiative zudem **Gefahr, als exklusives, wenn nicht gar konfrontatives Projekt wahrgenommen zu werden.**

Gerade weil der Impuls von Deutschland bzw. der G7 ausgeht, muss von Anfang an deutlich werden, dass es sich nicht um ein „westliches“ Projekt und insbesondere nicht um eine Anti-China- oder Anti-BRICS-Allianz handelt. Sowohl der europäische CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich als auch das Abkommen zwischen der EU und der USA zu Stahl und Aluminium wirken zumindest auf den ersten Blick wie Projekte, die China dezidiert ausschließen<sup>4</sup>. China ist jedoch ein unerlässlicher Partner im globalen Kampf gegen den Klimawandel und gerade vor dem Hintergrund des russischen Angriffskriegs sollten Anreize gesetzt werden, damit **China seine Klimaambition erhöht und klimapolitisch enger an die EU und nicht an Russland gebunden wird.** Eine echte Inklusivität – die Russland nicht einbeziehen muss – ist somit gerade vor dem Hintergrund der derzeitigen weltpolitischen Lage unabdingbar.

Die Allianz sollte sich von Anfang an so ausrichten, dass auch Schwellenländer mit ausreichender (jedoch im Vergleich zu Industrieländern abgestufter) Ambition die Möglichkeit zu einem Beitritt haben. So können die Kooperationsvorteile und die Anreizwirkung für Ambitionssteigerung ihre Wirkung entfalten. Dies gilt jedoch nicht nur für Schwellenländer, sondern auch für **ärmere Staaten**: Auch sie sollten mit der Zeit an eine **Mitgliedschaft herangeführt** werden. Dafür bedürfen sie neben eigener Ambition allerdings technischer und finanzieller Unterstützung. Indem die Klimaallianz ärmeren Beitrittskandidaten diese Unterstützung anbietet, ermöglicht sie die Ambitionssteigerung, die für eine Mitgliedschaft und das Angleichen der Wettbewerbsbedingungen notwendig ist, und steigert zugleich die globale Transformationsgeschwindigkeit. Nur durch eine solche zusätzliche Unterstützung ist die Allianz wirklich inklusiv und leistet einen Beitrag zu globaler Klimagerechtigkeit, denn viele ärmere Staaten könnten andernfalls auf längere Sicht die Aufnahmekriterien nicht erfüllen.

---

<sup>4</sup> Vgl. Dröge (2021): USA und EU: Ein Green Steel Deal? Abrufbar unter: <https://table.media/europe/standpunkt/europa-usa-green-deal-stahlindustrie/>. Zuletzt abgerufen am 14.06.2022. Außerdem: Germanwatch (2021): Less confrontation, more cooperation. Increasing the acceptability of the EU Carbon Border Adjustment in key trading partner countries. Abrufbar unter: <https://www.germanwatch.org/de/20355>. Zuletzt abgerufen: 14.06.2022.

## Wie?

Die Allianz sollte prinzipiell **allen Staaten offenstehen, deren nationale Klimaziele** (Nationally Determined Contributions, NDCs) **Paris-kompatibel sind**. Konkret heißt das: Die betreffenden Staaten haben ein **glaubwürdiges 2030-Ziel**, das mit einem Pfad hin zu 1,5–1,7°C Temperaturanstieg vereinbar ist. Um diese Offenheit zu demonstrieren, sollte die G7 schon während der deutschen Präsidentschaft Länder des Globalen Südens in den Dialog einbinden und sie in die Ausgestaltung der Initiative einbeziehen. Damit deren Interessen und Bedürfnisse von Anfang an mitgedacht werden, sollten die G7 ausgewählte Partnerländer zu allen relevanten Treffen einladen – und zwar sowohl Schwellenländer wie Indien, China, Indonesien und Brasilien (sollte es dort eine neue Regierung geben) als auch besonders verwundbare arme Staaten wie Bangladesch (aktuell Vorsitz der Vulnerable-20-Gruppe, V20), Senegal (aktuell Vorsitz der Gruppe der Least-Developed-Countries, LDCs, und der Afrikanischen Union, AU) sowie Antigua und Barbuda (Vorsitz der Alliance of Small Island States, AOSIS).

Die G7 sollte ärmere Staaten dabei unterstützen, das entsprechende Ambitionsniveau zu erreichen. **Multilaterale Klimapartnerschaften** wie die Partnerschaft mit Südafrika sind dafür ein geeignetes Instrument – sie ermöglichen durch Kapazitätsentwicklungsangebote und finanzielle Unterstützung eine Ambitionssteigerung. Zentral und unabdingbar in solchen Klimapartnerschaften ist die **Ownership des Partnerlandes**. Die Partnerschaften sollten sich daher eng an der Entwicklungsplanung des jeweiligen Landes orientieren und diese als wichtigsten Ausgangspunkt nehmen. Um solche Partnerschaften vorzubereiten, sollte die G7 ihre Gespräche mit relevanten Staaten intensivieren. So kann sie nicht nur hervorheben, dass die Allianz kein exklusives, elitäres Projekt ist, sondern auch einen wichtigen Beitrag zu mehr Klimagerechtigkeit leisten. Die Unterstützung könnte beispielsweise über neue „Fit4ClimateAlliance“-Programme der Entwicklungsbanken laufen, die beitriftswillige Staaten, die ihre Ambition erhöhen wollen, mit innovativen Finanzierungsinstrumenten und Capacity Development unterstützen. Vor dem Hintergrund dessen, dass die Industrieländer nach wie vor hinter ihren Klimafinanzierungszusagen zurückbleiben, muss sichergestellt werden, dass die oben beschriebene finanzielle Unterstützung neu und zusätzlich ist und die bisherigen Zusagen umgehend erfüllt werden.

2

Ein expliziter CO<sub>2</sub>-Preis sollte keine Voraussetzung für eine Mitgliedschaft in der Klimaallianz sein. Stattdessen gilt es, sich auf Paris-kompatible Ambitionsparameter als Beitrittskriterien zu einigen.

## Warum?

Ein **Kern des Pariser Klimaabkommens ist das Prinzip der national festgelegten Klimaschutzbeiträge** im Kontext der gemeinsamen Ambitionsziele für Klimaschutz, Anpassung und Klimafinanzierung. Somit kann jedes Land selbst entscheiden, wie es seine selbstbestimmten Klimaziele erreichen will. Das ist sinnvoll, denn bestimmte Politikinstrumente sind in unterschiedlichen nationalen oder regionalen Kontexten mehr oder weniger angemessen, zielführend, umsetzbar und gesellschaftlich akzeptiert. Dies gilt insbesondere auch für CO<sub>2</sub>-Preise. Eine Allianz für Klimaambition sollte anderen Staaten nicht „vorschreiben“ ein bestimmtes Politikinstrument einzusetzen und sollte nicht auf dieser Grundlage zwischen Staaten differenzieren. Hinzu kommt: **Schlüsselstaaten** wie beispielsweise die USA oder Indien, die für den Erfolg der Allianz entscheidend sind, werden **auf absehbare Zeit auf nationaler Ebene keinen nennens-werten CO<sub>2</sub>-Preis einführen**<sup>5</sup>. Das

<sup>5</sup> SWP (2022): Der G7-Gipfel: Schub für die internationale Klimakooperation? Abrufbar unter: [https://www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2022A33\\_G7\\_Gipfel\\_Klimakooperation.pdf](https://www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2022A33_G7_Gipfel_Klimakooperation.pdf). Zuletzt abgerufen am 14.06.2022.

Verfolgen eines „CO<sub>2</sub>-Preis-Clubs“ steht folglich klar im Widerspruch zum Ziel der Inklusivität. Die Allianz sollte daher keinen expliziten CO<sub>2</sub>-(Mindest-)Preis als Aufnahmekriterium festlegen. Allerdings sind Instrumente notwendig, die eine vergleichbare Ambition sicherstellen.

## Wie?

Die Allianz sollte **keine CO<sub>2</sub>-Preis-Allianz**, sondern eine **Allianz der Klimaambition** sein. Das heißt, sie vereint Staaten, die sich zu einer ambitionierten Klimapolitik bekennen und diese umsetzen. Klimaambition sollte dabei nicht über das Vorhandensein oder die Höhe eines expliziten CO<sub>2</sub>-Preises definiert werden, sondern über glaubhafte, **Paris-kompatible und ggf. sektorspezifische Klimaziele** sowie entsprechende wirkungsvolle Instrumente. Eine Möglichkeit wäre das Verwenden von sogenannten **Schattenpreisen**, also impliziten CO<sub>2</sub>-Preisen, die Ordnungsrecht oder andere nicht preisbasierte Instrumente in explizite Preise konvertieren und so vergleichbar machen. Die genauen Beitrittskriterien sollten offen mit den Partnern ausgehandelt bzw. zumindest abgestimmt werden. Wichtig ist ein Gerechtigkeitsansatz, der ärmeren Staaten die notwendige Kooperation anbietet, um das gesetzte Ziel erreichen zu können.

## Empfohlene Beitrittskriterien

- Glaubwürdige, durch konkrete Politikinstrumente untermauerte Klimaziele für die nächsten Dekaden (2030, 2040, 2050), die mit dem Pariser Abkommen und dem dort verankerten 1,5°C- bzw. „deutlich unter 2°C“-Ziel vereinbar sind (für ärmere Staaten kann ein Teil kofinanziert sein). Am relevantesten ist hier das ambitionierte Ziel für 2030. Bis 2027 sollte dann auch das Ziel für 2040 entsprechend ambitioniert sein.
- Quantifizierte Meilensteine für bestimmte Sektoren, ggf. für eine Übergangszeit (bis zu anstehenden Investitionen) abgestuft nach Bruttoinlandsprodukt (beispielsweise implizite CO<sub>2</sub>-Schattenpreise, sektor- oder produktspezifische Benchmarks für die Emissionsintensität der Produktion, Standards – z.B. in Bezug auf grünen Wasserstoff –, das Nutzen von Strom aus Erneuerbaren Energien oder der Einsatz bestimmter Minderungstechnologien mit einem Mindest-Wirkungsgrad; hier könnte man mit bestimmten handelsintensiven Industriesektoren beginnen und die beitriffsrelevanten Sektoren mit der Zeit auf andere Wirtschaftsbereiche ausdehnen.)

## 3

Die Klimaallianz sollte kein Ersatz für den europäischen CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich sein, sondern diesen und die Grenzausgleichssysteme anderer Staaten mit dem Ziel der mittel- bis langfristigen Harmonisierung integrieren. Für Mitglieder der Allianz sollte es – zeitlich stark befristete – Ausnahmeregelungen in Hinblick auf den europäischen Grenzausgleichsmechanismus geben.

## Warum?

Um die Industrietransformation beschleunigen zu können, muss die EU heimische Unternehmen vor Wettbewerbern schützen, die keinem impliziten oder expliziten CO<sub>2</sub>-Preis unterliegen. **Für effektiven Carbon-**

Leakage-Schutz braucht die EU den CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich, und zwar schon in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts<sup>6</sup>. Nur so können die europäischen Unternehmen auf den grünen Märkten der Zukunft bestehen und nur so kann die EU ihre Klimaziele krisensicher erreichen. Der CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich kann relativ kurzfristig umgesetzt werden und entsprechend schnell seine Funktion erfüllen.

Eine zentrale Aufgabe der internationalen Klimaallianz sollte es sein, mittelfristig die Grenzausgleichsmechanismen verschiedener Wirtschaftsräume zu harmonisieren. Durch eine solche schrittweise Harmonisierung sorgt die Allianz dafür, längerfristig ausreichenden Wettbewerbsschutz für die verschiedenen ambitionierten Staaten zu gewährleisten. Die Welthandelsorganisation (World Trade Organization, WTO) sollte die Verhandlungen aktiv begleiten bzw. beobachten, um frühzeitig mögliche rechtliche Probleme aufzeigen zu können. Die erforderlichen Aushandlungsprozesse werden allerdings Jahre in Anspruch nehmen, nicht zuletzt, weil die meisten Staaten bislang keine Grenzausgleichssysteme planen. So kann die Allianz zwar jetzt schon den Grundstein legen, doch bis sie ähnliche Wettbewerbsbedingungen garantieren kann, wird es eine Zeit brauchen. Dafür braucht es eine entsprechende Anzahl an Mitgliedern mit einem ausreichenden Ambitionsniveau.

Die EU und die Bundesregierung sollten daher für einen effektiven Carbon-Leakage-Schutz nicht auf das Wirksamwerden der Allianz warten. Sie sollten den CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich prioritär und vorläufig als rein europäisches Instrument voranbringen – mit der Bereitschaft, ihn später innerhalb der Klimaallianz mit den Carbon-Leakage-Schutzmaßnahmen anderer Wirtschaftsräume zu koordinieren.

Der Vorteil: Beide Initiativen können sich gegenseitig bestärken und unterstützen. Der Aufbau einer Klimaallianz kann Handelspartner, die den europäischen CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich als konfrontativ betrachten, besänftigen und entsprechende Spannungen abbauen, indem bei ausreichender Ambition eine Ausnahme von der Grenzabgabe angeboten wird. Der CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich wiederum dient als harter ökonomischer Anreiz für andere Staaten, der Allianz beizutreten. Den CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich und die Allianz für Klimaambition in Ergänzung zueinander zu verfolgen, beschleunigt also das Erreichen der mit beiden Initiativen verknüpften Ziele.

---

<sup>6</sup> Vgl. Germanwatch (2021), Fn. 4.

## Wie?

Einerseits sollte die Bundesregierung auf EU-Ebene die **rasche Implementierung des grundsätzlich bereits beschlossenen CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichs unterstützen**. Dabei sollte sie sich für eine ambitionierte Ausgestaltung des Instruments einsetzen. Konkret heißt das insbesondere, dass die **kostenlose Zuteilung von Zertifikaten** des EU-Emissionshandels in den vom CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich abgedeckten Sektoren spätestens 2028 ausläuft. Der nächste Umweltrat Ende Juni, auf dem die Reform des Emissionshandels auf der Agenda steht, ist dafür die beste Gelegenheit.

Andererseits sollte sich Deutschland während seiner G7-Präsidentschaft dafür einsetzen, dass der **CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich** gleichsam als Zuckerbrot und Peitsche **integraler Bestandteil der Klimaallianz** wird. Die **Mitglieder der Allianz sollten temporär vom Importzoll ausgenommen werden**, da sie grundsätzlich eine hohe Ambition nachgewiesen haben. Beispielsweise könnte die EU die anderen Mitglieder für einen Zeitraum von drei Jahren vom CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich befreien, unter der Maßgabe, dass die Staaten danach ein Ambitionsniveau bzw. adäquate Instrumente nachweisen können, die für ein „Level Playing Field“ in den relevanten Industriesektoren sorgen. Diese **Ausnahmeregel** setzt einen Anreiz für Staaten, die Umsetzung ihrer Klimaziele zu beschleunigen bzw. ihre Sektorziele anzuheben, um der Klimaallianz beitreten zu können. Die zeitliche Befristung sorgt dafür, dass die Wettbewerbsbedingungen mittelfristig tatsächlich gleich sind (auch in dem Fall, in dem ein Mitgliedstaat zwar insgesamt ambitioniert ist, aber in einem bestimmten Industriesektor keine vergleichbare Ambition an den Tag legt).

Sollte ein Land nach den drei Jahren das für den entsprechenden Sektor vereinbarte Ambitionsniveau nicht erreicht haben, sollte die Ausnahme zurückgezogen werden. Das Land könnte dann weiterhin Mitglied der Allianz sein, müsste jedoch die Grenzabgabe entrichten. Dieser Ansatz vereint das Sicherstellen von Wettbewerbsschutz für die Industrie mit einem starken Anreiz für eine NDC-Anhebung und der entsprechenden beschleunigten Industrietransformation. Denkbar wäre auch ein abgestuftes Verringern der Grenzabgabe (ebenfalls zeitlich befristet) nach Bruttoinlandsprodukt. **Ärmere Staaten bekämen dann einen größeren Discount bei der Grenzabgabe** als reichere Mitglieder.

Es ist davon auszugehen, dass die EU nicht der einzige Akteur bleiben wird, der einen Grenzausgleich für Treibhausgasemissionen auf den Weg bringt. Großbritannien etwa hat dies bereits angekündigt. Mittelfristig sollte daher **innerhalb der Klimaallianz** eine **Harmonisierung der unterschiedlichen** (nationalen oder regionalen) **Grenzausgleichsmechanismen** stattfinden. Dieses Harmonisieren und Koordinieren sollte Kernstück der Arbeit der Klimaallianz sein und hat das Potenzial, sowohl Transformationsambition als auch Wettbewerbsschutz zu fördern. Bei der Harmonisierung der verschiedenen Grenzausgleichsregime könnte **neben expliziten CO<sub>2</sub>-Preisen auch Ordnungsrecht anerkannt** werden (z.B. über entsprechende Schattenpreise). Das bedeutet, dass die EU im Rahmen der Klimaallianz – anders als momentan geplant – grundsätzlich auch ambitioniertes Ordnungsrecht als Grund für eine Grenzausgleichsausnahme bzw. einen Grenzausgleichsdiscount anerkennen könnte<sup>7</sup>.

---

<sup>7</sup> Das Subventionieren klimafreundlicher Produktionsprozesse kann allerdings nur vorübergehend gleichgestellt werden, denn es herrscht eine starke Ungleichheit zwischen Unternehmen, die durch CO<sub>2</sub>-Preis bzw. Ordnungsrecht quasi mit der Peitsche zu Klimaschutz gebracht werden, und solchen, die durch das Zuckerbrot der Subvention angereizt werden.

## Weitere Literatur

Ursprünglich verhalf [Nordhaus 2015](#) der Idee des „Klimacubs“ zu internationaler Bekanntheit. Sein Konzept eines exklusiven Klimacubs sieht vor, dass sich ambitionierte Staaten auf einen gemeinsamen CO<sub>2</sub>-Preis einigen und Länder, die dem Club nicht angehören, über Zölle und ähnliches sanktionieren.

In letzter Zeit wurden verschiedene Papiere und Beiträge zu dieser Thematik veröffentlicht.

**Ottmar Edenhofer und Axel Ockenfels** [plädieren](#) für einen CO<sub>2</sub>-Mindestpreis als Basis für einen Klimacub und als Lösung für das internationale Kooperationsproblem. Sie betonen die Notwendigkeit einer gemeinsamen, reziproken Verpflichtung für einen koordinierten CO<sub>2</sub>-Preis, der ihrer Meinung nach nicht zu hoch angesetzt werden sollte.

**Agora Industrie** plant hingegen die baldige Veröffentlichung eines Papiers, in dem sie u.a. argumentieren, dass die Klimaallianz/der Klimacub nicht auf einem CO<sub>2</sub>-Preis basieren darf.

**E3G** betont in seinem [Papier](#) die Notwendigkeit eines inklusiven Ansatzes. Die Autoren plädieren für umfangreiche Unterstützung für ärmere Staaten, u.a. über einen internationalen Technologie- und Investment Accelerator und die Möglichkeit eines schrittweisen Beitritts.

**Bruegel** argumentiert in seinem neuen [Papier](#) ebenfalls, dass umfangreiche Unterstützung nötig sei und zu diesem Zweck u.a. die Einnahmen des Grenzausgleichs verwendet werden sollten. So könne die Klimaallianz internationale „carbon dividends“ generieren.

Die **Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)** betont in ihrem aktuellen [Papier](#) die Hürden für einen internationalen Klimacub, gerade vor dem Hintergrund des Ukrainekriegs und der aktuellen Energiekrise, und plädiert dafür, die Erwartungen an einen Klimacub zu dämpfen.

Das **DIW** hat in einer kürzlich erschienenen [Studie](#) davor gewarnt, ein sektorübergreifender internationaler Klimacub könne zu einer weiteren Polarisierung auf internationaler Ebene beitragen oder als Parallelprozess zum Pariser Abkommen wahrgenommen werden. Das DIW plädiert daher für sektorspezifische Partnerschaften der G7, insbesondere mit Schwellenländern.

---

**Autor:innen:** Anne Gläser, Christoph Bals und David Ryfisch

Diese Publikation kann im Internet abgerufen werden unter: [www.germanwatch.org/de/85536](http://www.germanwatch.org/de/85536)

Juni 2022

**Herausgeber: Germanwatch e.V.**

**Büro Bonn**

Kaiserstr. 201

D-53113 Bonn

Tel.: +49 (0)228 / 60 492-0, Fax -19

Internet: [www.germanwatch.org](http://www.germanwatch.org)

**Büro Berlin**

Stresemannstr. 72

D-10963 Berlin

Tel.: +49 (0)30 / 2888 356-0, Fax -1

E-Mail: [info@germanwatch.org](mailto:info@germanwatch.org)

---

„Deutsche G7-Präsidentschaft für Klimaschutz nutzen“  
wird gefördert von der Stiftung Mercator. Für den Inhalt ist  
alleine Germanwatch verantwortlich.

STIFTUNG  
MERCATOR